A3 Erasmus+-Kooperation mit der Türkei stoppen

Gremium: RCDS-Bundesvorstand & BFA Internationales

Beschlussdatum: 26.04.2025

Antragstext

Die Gruppenvorsitzendenkonferenz möge beschließen:

- Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) fordert die Europäische
- 3 Kommission und das Europäische Parlament dazu auf die Förderung von Erasmus+
- 4 Projekten in der Türkei bis auf Weiteres zu stoppen. Bedingungen für eine
- 5 Wiederaufnahme der Förderung sollen die Freilassung von Ekrem İmamoğlu und
- 6 Wiedereinführung von Grundrechten wie volle Presse-, Versammlungs- und
- 7 Wissenschaftsfreiheit sein.
- 8 Als Ersatz für die Erasmus+ Mittel fordert der RCDS von europäischen
- 9 Institutionen und der deutschen Bundesregierung eine gezieltere Förderung der
- türkischen Zivilgesellschaft und insbesondere der Studentenschaft. Der RCDS
- solidarisiert sich mit den türkischen Studenten, die sich fortwährend für den
- Erhalt der Demokratie und der freiheitlichen Grundrechte in der Türkei
- 13 einsetzen.

Begründung

- 14 Begründung:
- Bereits seit mehreren Jahren kommt es in der Türkei zu Einschränkungen der
- demokratischen Grundrechte, wie der Presse- und Versammlungsfreiheit, und
- Behinderung der Opposition durch das Erdoğan-Regime. Obwohl die Regierung großen
- Teile der Medienlandschaft als auch weiterer Teile der Gesellschaft unter
- 19 Kontrolle hält, konnte davon ausgegangen werden, dass Oppositionspolitiker in
- zo freien Wahlen die Regierung ablösen könnten. Durch die Verhaftung des führenden
- 21 Oppositionspolitikers, Bürgermeisters der Stadt Istanbul und
- 22 Präsidentschaftskandidaten Ekrem Imamoğlu am 19. März 2025 haben die
- Repressalien jedoch eine neue Eskalationsstufe erreicht. Es ist wichtig, dass
- 24 die Europäische Union sich klarer gegen diese antidemokratischen Entwicklungen
- positioniert und entsprechende Konsequenzen zieht.
- Während die türkischen Studenten viele der regierungskritischen Proteste
- koordinieren und sich so für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, sind
- viele der türkischen Universitäten dem Einfluss der Regierung verfallen. Auf
- 29 Druck der Regierung, hub die Universität Istanbul am 18. März 2025 das Diplom
- Jo İmamoğlus aus fadenscheinigen Behauptungen auf und ordnete sich damit dem
- Erdoğan-Regime unter.[1] Bereits seit mehreren Jahren wird der Druck der
- Regierung auf die Universitäten als Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit
- angesehen.[2] Die Teilnahme der Universitäten an dem Erasmus+-Programm ist
- dementsprechend auch eine indirekte Unterstützung Erdoğans.
- Als Beitrittskandidat der Europäischen Union ist die Türkei ein assoziiertes
- Drittland des Erasmus+ Programmes. Damit können türkische Institutionen
- 37 gleichwertig zu EU-internen Institutionen an dem Programm teilnehmen. Im Jahr
- 2023 wurden beispielsweise über 45 Millionen Euro für Programme im Bereich der

- Hochschulen ausgegeben.[3] Ein Stopp dieser Gelder würde den Druck auf Erdoğan
- 40 und die Universitäten erhöhen. Im Ausgleich für den Stopp sollte man die
- studentische Opposition direkt und unmittelbar unterstützten als auch
- 42 Stipendienmöglichkeiten für Türken in der EU erweitern. Dadurch würden die
- Konsequenzen eines Stopps primär nicht bei den Studenten, sondern bei der
- 44 Regierung spürbar werden.
- 45 [1] Redaktion (18.03.2025) "Uni-Abschluss von Erdogan-Gegner Imamoglu aberkannt"
- 46 Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- 47 https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tuerkei-universitaet-annulliert-
- <u>abschluss-von-erdogan-kontrahenten-imamoglu-110365367.html</u>.
- 49 [2] Redaktion (31.05.2023) "Wahl und Wissenschafts-Freiheit in der Türkei"
- Forschung & Lehre. https://www.forschung-und-lehre.de/politik/wahl-und-
- <u>wissenschaftsfreiheit-in-der-tuerkei-5663</u>.
- 52 [3] European Commission (2025) Data on Erasmus+ in Türkiye in 2023.
- https://erasmus-plus.ec.europa.eu/factsheets/2023/t%C3%BCrkiye_.